



Sicherheit ist MehrWert

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der GdP-Landesvorstand wünscht allen Mitgliedern ein gutes neues Jahr. Unter dem Motto „Sicherheit ist MehrWert“ fand vom 22. bis 25. 11. 2010 der 24. Ordentliche Bundeskongress der GdP in Berlin statt. Ein vielbeachteter Kongress, über den in den Medien intensiv und fast ausschließlich positiv berichtet wurde. Und das nicht nur, weil die Politik von „E“ wie Ernst (Die Linke) über „G“ wie Gabriel (SPD), „M“ wie de Maizière (CDU) bis hin zu „W“ wie Wulff dem Kongress ihre Aufwartung machten. Die Themen Terrorgefahr, Einsatzbelastung, Gewalt gegen Polizei, Integration sowie Armutsbekämpfung und die daraus resultierenden Forderungen der GdP waren es in erster Linie, die die Presse so ausgiebig und intensiv berichten ließ. Dieser Kongress war ein wichtiges Signal für die GdP, für die Beschäftigten und für die Polizei insgesamt.

Der Bundesinnenminister kam am ersten Tag und ging in seiner Rede auf die Terrorgefahr ein, der SPD-Bundesvorsitzende – ein Niedersachse – sprach am zweiten Tag zu den Delegierten und am offiziellen Tag kam mit Bundespräsident Wulff wieder ein Niedersachse. Der Besuch eines Bundespräsidenten bei einem Gewerkschaftskongress ist keine Selbstverständlichkeit. In seiner Rede hob Wulff die Bedeutung der GdP seit 60 Jahren sowie den Stellenwert des Themas innere Sicherheit hervor. Darüber hinaus forderte er neue Anstrengungen auch für die Zufriedenheit der Beschäftigten. Aus niedersächsischer Sicht hätte man



Bundesinnenminister Thomas de Maizière
Fotos: Robra

den Bundesvorstand (gBV) auf der Tagesordnung. Der seit über zehn Jahren tätige Vorsitzende Konrad Freiberg, der nach Aussage von de Maizière und Wulff das Gesicht der Polizei gewesen war, kandidierte nicht mehr. Mit lang anhaltenden Standing Ovations der Delegierten wurde ihm für seine hervorragende Arbeit gedankt. Die GdP Niedersachsen konnte sich immer auf ihn verlassen und wenn er hier gebraucht wurde, stand er mit uns Seit' an Seit'. Vielen Dank und alles Gute, Connie!



Neuer BV Bernhard Witthaut ehrt den scheidenden mit großem Applaus.

Als Nachfolger hat der Bundesvorstand dem Kongress unseren niedersächsischen Landesvorsitzenden und langjährigen stellv. Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut zur Wahl vorgeschlagen. Im ersten Wahlgang erhielt er 96% der Stimmen, ein eindrucksvolles Vo-

tum für die anstehende schwierige Arbeit. Mit diesem Ergebnis wird auch die gute Gewerkschaftsarbeit in Niedersachsen gewürdigt. Wir können stolz sein, dass 30 Jahre nach Helmut Schirmmacher wieder ein Bundesvorsitzender aus Niedersachsen kommt. Der Landesvorstand wünscht ihm viel Erfolg und sagt ihm die notwendige Unterstützung zu.

Nach der Ära Udo Ahlers und Helmut Bläsche hat Bernhard Witthaut mit Kompetenz und Hartnäckigkeit sowie der Unter-



Bundespräsident Christian Wulff

Fortsetzung auf Seite 2

sich diese Worte und daraus resultierende Entscheidungen durchaus auch in seiner alten Funktion als Ministerpräsident gewünscht. Die GdP Niedersachsen wird der jetzigen Landesregierung Wulffs Rede übermitteln.

Ca. 800 Teilnehmer waren pro Tag anwesend, über 400 Delegierte und Gastdelegierte debattierten 224 Anträge und einen, von der 60-köpfigen Niedersachsendelegation, eingebrachten Dringlichkeitsantrag zum diesjährigen Castor-Transport. Neben der gemeldeten Niedersachsendelegation kamen 16 interessierte Kollegen/-innen aus Braunschweig zum offiziellen Tag. Neben den inhaltlichen Debatten über die Positionierung der GdP in den nächsten Jahren standen auch Wahlen zum geschäftsführen-

ANKÜNDIGUNG

Außerordentlicher Delegiertentag 27. 1. 2011

Der Landesvorsitzende der GdP Niedersachsen Bernhard Witthaut hat im Dezember 2010 schriftlich seinen Rücktritt von seinem Amt mit Wirkung vom 27. 1. 2011 erklärt. Der Grund liegt in seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden am 22. 11. 2010 durch den 24. Ordentlichen Bundeskongress der GdP in Berlin.

Gemäß § 13 Nr. 1c) ist bei erforderlich werdender Neuwahl des Vorsitzenden der GdP Niedersachsen unverzüglich ein

Außerordentlicher Landesdelegiertentag einzuberufen.

Dieser findet am 27. 1. 2011 statt.

Als Delegierte werden zu einem Außerordentlichen Landesdelegiertentag die zum vorausgegangenen Landesdelegiertentag 2009 gewählten Delegierten entsandt.

Bei Verhinderung ist jeweils ein/e gewählte/r Ersatzdelegierte/r der betroffenen Bezirksgruppe zu entsenden. **GSV**



BUNDESKONGRESS UND AUSBLICK



Bernhard Witthaut

Fortsetzung von Seite 1

stützung der Kreis- und Bezirksgruppen und des Landesvorstandes seit 1997 die Geschichte der GdP in Niedersachsen gelenkt. Nach fast 14-jähriger Vorsitzendentätigkeit in Niedersachsen wird Bernhard Witthaut mit Wirkung vom 27. 1. 2011 sein Amt abgeben. Der Landesvorstand hat am 9. 12. 2010 auf einer Sitzung den derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden Dietmar Schilff als



SPD-Chef Sigmar Gabriel

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **2/2011 bis zum 2. Januar 2011** und für die Ausgabe **3/2011 bis zum 31. Januar 2011**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

GdP-PROTESTAKTION

Dampf im GdP-Kessel vor Haushaltsberatung des Landtags

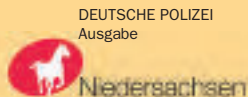
Aufgrund katastrophaler Witterungsverhältnisse und der Unfallsituation mussten mehrere hundert Demonstranten ihre Teilnahme an der Protestaktion am 9. 12. 2010 absagen. Die dennoch anwesenden über 100 Teilnehmer zeigten bei eisigen Temperaturen mit Geschenkkartons ohne Inhalte aber mit eindeutigen Botschaften gegenüber des Nds. Landtages in Hannover demonstrativ, an welchen „Tatorten bei der Polizei“ noch immer die politischen Hausaufgaben unerledigt sind.

Das Parlament hatte den Haushalt 2011 zu beraten. Am 10. 12. wurde dieser beschlossen. Er beinhaltet immerhin 390 Beförderungen in der Polizei. Damit zeigt sich zwar, dass unsere Argumente gehört werden, nachdem es im Jahr 2010 keine Stellenhebungen gegeben hatte und die Lebensarbeitszeitverlängerung ohne Hebungen auch 2011 für unzureichende Beförderungen gesorgt hätte, war diese Minimal-Entscheidung allerdings mehr als nötig. Die Oppositionsfaktionen SPD und Linke forderten 400 bzw. 500 Stellenhebungen, einen erhöhten Betrag zur Auszahlung von Überstunden sowie die Erhöhung des DUZ auf 5 EUR. Der Stellv. Landesvorsitzende Dietmar Schilff sagte bei seiner engagierten Rede am Demonstrationsstand: „Unser Beruf ist Teamar-

beit, deshalb wollen wir endlich eine gerechte Bewertung aller Beschäftigten in der Polizei.“ Als Kernforderungen der GdP Niedersachsen benannte er insbesondere:

- Ausschöpfung der Stellenplanobergrenzen
- Erhebliche Verkürzung der Wartezeiten bei Beförderungen von A9 nach A10
- Deutliche Erhöhung der Entgelte, der Gehälter und Versorgungsbezüge
- Tarifverhandlungen ohne vorherige Festlegung durch den Vorsitzenden der TdL, Finanzminister Möllring
- Weg mit dem A11-Erlass
- Perspektiven für Tarifbeschäftigte und Polizeiverwaltungsbeamte
- Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes

Abgeordnete aller Fraktionen ließen sich am Stand der GdP sehen und zeigten teilweise Verständnis für die Anliegen. An der mehrheitlichen parlamentarischen Entscheidung, nicht über die Minimal-schritte hinauszugehen, blieb gleichwohl nichts zu jubeln. Die GdP lässt aber nicht locker und bleibt weiter dran. **Red.**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe

Geschäftsstelle:
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:
Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



BUNDESKONGRESS UND AUSBLICK



Podiumsdiskussion mit Innensenator Heino Vahldieck (re.), Christian Pfeiffer, Bernhard Witthaut ...



... sowie Koll. Erika Krause-Schöne und Gerhard Kirsch

Nachfolger vorgeschlagen. Gemäß GdP-Satzung muss für die Nachwahl ein außerordentlicher Delegiertentag einberufen werden. Dieser soll am 27. 1. 2011 in Hannover stattfinden.

Neben Bernhard Witthaut wurde die niedersächsische stellvertretende Landesvorsitzende Elke Gündner-Ede aus Wolfenbüttel nach 2006 erneut in den gBV gewählt. Damit wird auch die frauen- und sozialpolitische Komponente in der Bundes-GdP weiter gestärkt. Auch Elke wird seitens des Landesvorstandes selbstverständlich alle Unterstützung zugesagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gewerkschaftliche Arbeit in Niedersachsen wird 2011 nicht einfacher. Die vom Innenminister propagierte Zufriedenheit und Ruhe in der Polizei ist herbeigeredet und entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten. Die Stimmung ist schlecht, die Einsatzbelastung enorm, die Krankenquote an-

steigend, die Wartezeiten für Beförderungen besonders von A 9 nach A 10 zu hoch, im Verwaltungs- und Tarifbereich fehlt fast jede Perspektive. Die für dieses Jahr vorgesehenen Beförderungen werden begrüßt, sind allerdings mehr

als notwendig, sie reichen aber bei Weitem nicht aus. Hinzu kommt, dass die Polizei das alles aus dem eigenen Haushalt finanziert. Wasserschutzpolizei, Kampfmittelbeseitigungsdienst und Hubschrauberstaffel sollen geschliffen werden. Wichtige Neueinstellungen werden gecancelt und durch das Dienstpostenkonzept A 11 verschlechtern sich für viele, außer für diejenigen, die verdientermaßen endlich die längst fällige Beförderung erhalten, die berufliche und persönliche Zukunft.

Polizeiarbeit ist Teamarbeit. Das Team aus Tarifbeschäftigten, Verwaltungsbeamten/-innen und Exekutive liefert gute Arbeit ab, und gute Arbeit verdient guten Lohn. Von der aktuellen Tarifrunde erwarten wir von der Landesregierung endlich ein eindeutiges Signal, dass diese Arbeit gewertschätzt wird. Auch die Beschäftigten in der Polizei und ihre Familien müssen am Aufschwung partizipieren und können nicht weiter abgehängt werden. Die GdP wird die diesjährige Kommunalwahl und die anstehende Landtagswahl nutzen, um die berechtigten Forderungen in die Öffentlichkeit zu transportieren. Von dort erhoffen wir uns Unterstützung, denn bei den Menschen in Niedersachsen hat die Polizei



Niedersachsendelegation beim Bundeskongress

die besten Zustimmungswerte. Daneben gibt es ein anderes erhebliches Problem: Kritik wird uns gegenüber – zunehmend auch von Vorgesetzten – zum Thema Beteiligung und zu der Art und Weise, wie mit anderen Auffassungen umgegangen wird, geschildert. Den Punkt Diskussionskultur in der Polizei werden wir in diesem Jahr verstärkt thematisieren.

Daneben wird die GdP sich noch intensiver in die Diskussion zu gesellschaftlichen Themen wie z. B. Armutsbekämpfung, Integration, Ausgrenzung und zunehmenden Rassismus einbringen, weil gesellschaftliche Fehlentwicklungen und politische Fehlentscheidungen immer auch die Arbeit der Polizei und der dort beschäftigten Menschen belasten. Darauf ist zumindest Verlass: Die GdP wird auch in diesem Jahr für die Wertschätzung der Beschäftigten und gegen Ungerechtigkeit streiten. Ob uns das gelingt, hängt auch von uns allen ab. Wenn aber nicht alles, was wir für notwendig erachten, erreicht werden kann, weil die Politik sich versperrt, dann appellieren wir daran, aus Frust nicht die starke Gemeinschaft der GdP zu verlassen, sondern sich vielmehr verstärkt zu engagieren.

Der geschäftsführende Landesvorstand

WASSERSCHUTZPOLIZEI 2020

Fachtagung: Externe Experten bestätigen Befürchtungen der GdP

Neben den GdP-Mitgliedern der Wasserschutzpolizei (WSP) waren zur Fachtagung „Wasserschutzpolizei 2020 – auf Kurs für die Innere Sicherheit!“ Referenten aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen, deren Tätigkeitsfelder Bezüge zur Arbeit der WSP haben. Eindeutiger Tenor war, dass die geplante Reduzierung der WSP katastrophale Auswirkungen für die Umwelt, den Wettbewerb und die Sicherheit auf den niedersächsischen Wasserstraßen haben wird.

Dem Vorsitzenden des Fachausschusses WSP, **Michael Kock**, gelang es durch eine Darstellung der Historie der WSP einen Bogen bis hin zu den geplanten Einsparungen zu ziehen. Aus der Entwicklung, die Kock auf der Grundlage des Bu-

ches von Günther Heemann „Die deutsche Wasserschutzpolizei“ erläuterte, wurde sehr deutlich, dass die jetzigen Vorhaben allen geschichtlichen Erkenntnissen über die Notwendigkeit der Tätigkeit der WSP zuwiderlaufen.

Der Biologe **Carlo von Bernem** vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht¹ machte in seinem Vortrag über die Gefahren und das Auftreten von Ölverschmutzungen in den Gewässern drastisch klar, dass insbesondere die Nachhaltigkeit dieser Verunreinigungen ein präventives Handeln durch enge Sicherheitsüberwachung zwingend erforderlich machen.

Die Konsequenzen, die ein Abbau wasserschutzpolizeilicher Aktivitäten auch für das Wattenmeer haben wird, wurden von **Ulke van der Meer**, BUND

Fortsetzung auf Seite 4



WASSERSCHUTZPOLIZEI 2020

Fortsetzung von Seite 3

Nationalpark Dornumersiel² sehr bildhaft dargestellt. Da es für das Wattenmeer, das erst vor kurzem zum Weltnaturerbe ernannt wurde, kein Überwachungskonzept gibt, würde der Wegfall der Tätigkeit der WSP bedeuten, dass das Wattenmeer drei Jahre nach der Anerkennung praktisch betreuungsfrei wäre. Die daraus resultierenden Einschnitte in der Überwachung der Schifffahrt und der aus dem Touris-

mus resultierenden Freizeitaktivitäten auf dem Meer führen zu einer erhöhten Gefährdung des sensiblen Naturraums. Hinzu kommt, dass Verstöße gegen das Nationalparkgesetz nicht mehr verfolgt und geahndet werden können. Für den erkrankten Leiter der WSP-Leitstelle Cuxhaven **Hartmut Neumann**, stellte **Peter Stevens** sehr eindrucksvoll die umfangreichen Aufgaben der Leitstelle dar, wobei vor allem die beschriebenen Tätigkeiten

auch im internationalen Bereich überraschend waren. Die Leitstelle ist auf die Zuarbeit der WSP-Kollegen angewiesen. Auch hier wird die Reduzierung der Standorte und des Personals zu einem erkennbaren Qualitätsverlust führen. Dem ebenfalls verhinderten Mitglied des Bundesverbandes deutscher Selbstständiger, Abteilung Binnenschifffahrt, war das Thema WSP so wichtig, dass er seine Argumente den Teilnehmern schriftlich übermittelt hat. Im Ergebnis seiner Ausführungen stand, dass durch den Wegfall der intensiven wasserschutzpolizeilichen Kontrollen eine Wettbewerbsverzerrung unter den Binnenschifffahrern eintreten wird, die überwiegend zu Lasten der deutschen Schifffahrt gehen wird.

Alle Referenten konnten bestätigen, dass die Umsetzung der Planungen, die WSP zusammenzuschumpfen, katastrophale Auswirkungen auf ihre Tätigkeitsbereiche haben wird und haben sich übereinstimmend der GdP-Auffassung angeschlossen:

„Hände weg von der Wasserschutzpolizei!“ **JH**



Fachtagung WSP in Cuxhaven: Dietmar Schilff und BG-Vorsitz. Frank Jürges (1) begrüßten die Teilnehmenden (2, 7, 11) wie den stellv. Bürgermeister Bernd Jothe (9). Die Referenten waren Carlo van Bernem (3, 8), Uilke van der Meer (4), Michael Kock (5), Peter Stevens (6) und Jürgen Krogmann (MdL, SPD, 13). Fotos: Spiewack

1 Helmholtz Zentrum Geesthacht Zentrum für Material- und Küstenforschung GmbH, www.gkss.de
2 Nationalpark-Haus Niedersächsisches Wattenmeer, Nordseehaus Dornumersiel www.nordseehaus-dornumersiel.de/ adresse_kontakt.html

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Jahresbegegnung der BG Hannover

Zu unserer traditionellen Jahresbegegnung laden wir alle Kolleginnen und Kollegen der BG PD Hannover am **20. 1. 2011**, ab 16.30 Uhr, in die alte Schmiede bei der Reiter- und Hundestaffel Hannover, Am Wolfenplatz 1, herzlich ein. Für Essen und Getränke ist selbstverständlich gesorgt.

Der Vorstand

Bezirksdelegiertentag 2010 in Braunschweig

Vor ca. 60 Delegierten eröffnete der BG-Vorsitzende **Horst-Joachim Rinke**

den Bezirksdelegiertentag am 17. 11. 2010 in Braunschweig.

Die KG Salzgitter war mit neun Delegierten gut vertreten. Leider konnten aufgrund von Krankheit und anderer dringender Termine nicht alle Vorgesesehen teilnehmen. In seinem ausführlichen Geschäftsbericht ging Rinke natürlich auch auf das Dienstpostenkonzept A11/12 ein. Nicht nur hierbei wurde angemerkt, wie agil die BG Braunschweig sei.

Die Delegierten hatten über diverse Anträge zu entscheiden. Sämtliche Anträge wurden angenommen und können von jedem Mitglied der KG Salzgitter beim Vorsitzenden Jörg Kremer, nach Vereinbarung, eingesehen werden.

Die Antragsberatung wurde kurzfristig aus aktuellem Anlass unterbrochen.

Der scheidende GdP-Bundesvorsitzende **Konrad Freiberg** erschien und teilte zu seinem Bedauern mit, dass er am Nachmittag nicht als Referent zur Verfügung stehe. Aufgrund der ausgesprochenen Terrorwarnung reise er nun weiter nach Berlin. Die Delegierten dankten und verabschiedeten den scheidenden



Bundesvorsitzender **Konrad Freiberg**



ONLINEUMFRAGE ZUR EINSATZBELASTUNG

Land unter bei der Polizei?

Last Order: Noch bis 22. 1. 2011 haben wir auf unserer Internetseite www.gdp-niedersachsen.de einen anonymen Onlinefragebogen mit verschlüsselter Verbindung per HTTPS freigeschaltet. Wer teilnimmt, kann anonym Auskunft über seine persönlichen Erfahrungen und Ergebnisse zum Thema freie Wochenenden, Überstunden und andere belastende Faktoren geben und so zur authentischen Bewertung beitragen.

Hintergrund: Im Leitartikel der Ausgabe 11/2010 wurde unter dem Stichwort „Dienst und kein Ende“ die Problematik der Einsatzbelastung in allen Bereichen der Polizei dargestellt. Dort haben wir auch angekündigt, die Betroffenen nach ihren konkreten Erfahrungen zu befragen. Der Innenminister hatte sich auf

Nachfrage von Pressevertretern dahingehend geäußert, dass es zwar einige Einsätze geben würde, die Belastung aber nicht so hoch sei, wie von uns beschrieben. Um dem entgegenzutreten zu können, brauchen wir eure Auskunft zu eurer konkreten Situation.

Bei der Umfrage geht es uns nicht nur um die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, sondern ebenso um die Tarifbeschäftigten und die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten.

Wir bitten euch, ein paar Minuten Zeit zu erübrigen und die gestellten Fragen zu beantworten. **Der Landesvorstand**



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN



Dr. Jens Dehrmann von der **Führungsakademie Hannover**

Bundesvorsitzenden mit minutenlangem Applaus und Standing Ovations.

Der Kabarettist **Thorsten Stelzner** erheiterte die Delegierten mit einem Auszug aus seinem aktuellen Programm und der Sichtweise eines „normalen Bürgers“ bei einer allgemeinen Verkehrskontrolle und seinen Folgen.

Im weiteren Verlauf begrüßte Rinke im öffentlichen Teil als Gäste u. a. den Polizeipräsidenten **Harry Döring**, den 1. Ratsherrn der Stadt Braunschweig, **Karl Schieber**, den DGB-Regionsvorsitzenden **Michael Kleber** sowie, in Vertretung für den Landesvorsitzenden Bernhard Witthaut, den stellvertretenden Landesvorsitzenden **Dietmar Schilff**.

Themenschwerpunkt am Nachmittag war das Impulsreferat von **Dr. Jens Dehrmann** von der Führungsakademie Hannover mit dem Titel „Macht Polizei krank?“. Die stetig steigende Arbeitsbelastung und auch die erschreckende Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte macht dieses The-



BG-Vorsitzender Horst-Joachim Rinke

ma aktueller den je. In der PD Braunschweig liegt die Krankenquote bei acht Prozent. Viel zu hoch, wie alle finden. Ein Patentrezept dagegen gebe es nicht, so Dr. Dehrmann. Doch sein überzeugendes Referat hat viele Kolleginnen und Kollegen zum Nachdenken ange-regt. Bleibt nur zu hoffen, dass dieses Referat auch für Vorgesetzte und Führungskräfte zu einer „Pflichtveranstaltung“ wird.

Jörg Kremer

KG WSP-Nord: **Erich Schmidt für 60 Jahre GdP-Mitgliedschaft geehrt**

Im Rahmen einer kleinen Feierstunde konnte der Vorsitzende des KG Wasser-schutzpolizei-Nord, Rainer Spiewack, dem inzwischen kurz vor der Vollendung des 91. Lebensjahres stehenden Pensionär **Erich Schmidt** die Urkunde sowie die Ehrennadel für die 60-jährige GdP-Mitgliedschaft überreichen. Koll. Schmidt, der während seiner gesamten Dienstzeit bis zum Ruhestand im Dezember 1979 Angehöriger der Wasser-schutzpolizei (WSP) in Emden war, wurde 1950, im Gründungsjahr der GdP Mitglied. Spiewack gab im Kreise der anwesenden



KG WSP-Nord: Jubilar Erich Schmidt feierte 60 Jahre Mitgliedschaft **Fotos: KG SZ**

Pensionäre einen kleinen Abriss über die zurückliegenden Gewerkschaftsjahre und ging auf die durch Innenminister Schüne-mann veranlasste **Organisationsveränderung innerhalb der WSP Niedersachsen** ein. Herbe Kritik übte er an den zur Zeit bekannten Veränderungsvorgaben, die alle WSP-Dienststellen im Lande sowie die Kolleginnen und Kollegen betreffen. Die vollkommen sachfremde Entscheidung über die Personalreduzierung um ca. 50% sowie Auflösung und Integration vieler WSP-Dienststellen bedeutet den ersten Schritt zum vollkommenen „Aus“ der WSP in Nie-dersachsen. Sollte der Minister bei dieser Entscheidung bleiben, wird der Bürger in absehbarer Zeit auf keine kompetente Hilfe im maritimen Bereich mehr zurückgreifen

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

können. Eine Präsenz ist nicht mehr gewährleistet und wird offensichtlich nicht gewollt. Fehlende, präventive Überwachungen werden vermutlich zum Anstieg von Umweltdelikten sowie schiffahrtspolizeilichen Verstößen und Unfällen führen. Teure, ausgebildete und seemännisch geschulte Spezialisten werden dem allgemeinen polizeilichen Alltag zugeführt und deren Perspektiven beraubt. Motivation, Ideale, maritime Verbundenheit zur schiffahrtstreibenden Bevölkerung der Kolleginnen und Kollegen sowie die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Schiffsverkehr auf schiffbaren Gewässern werden durch diese ministerielle Vorgabe zerstört.

Spiewack fordert die Politik auf, sich vor endgültigen Entscheidungen sachkundig zu machen um diese Vorgaben noch einmal zu überdenken.

Red./RS

**Oliver Kemme neuer
KG-Vorsitzender in Osnabrück**

Am 7. 10. 2010 fand im Restaurant des Landkreises Osnabrück die JHV der KG Osnabrück unter der Verhandlungsleitung von **Dieter Kemper** statt. Nach Grußworten des stellv. Landrates, **Hartmut Nümann** und des neuen PVP der PD Osnabrück, **Friedo de Vries**, begrüßten auch Vertreter der CDU und der SPD die Versammlung. Nachdem Herr **Schrader** (CDU) schon auf Meinungsverschiedenheiten mit seinem Innenminister hinwies, tat besonders die Erklärung von Herrn **Spiering** (SPD), gut, dass in seiner Partei überhaupt kein Verständnis für die Kürzungen und Dienstpostenbeschneidungen beim „Garanten der Sicherheit“ bestehe.

Da der amtierende KG-Vorsitzende **Klaus Dierker** am 20. 8. 2010 auch zum BG-Vorsitzenden gewählt wurde (DP 10/2010), erklärte er in seinem folgenden Geschäftsbericht seinen Rücktritt vom KG-Vorsitz. In seinem Bericht gab er über die vielfältigen Aktionen 2009 und 2010 Rechenschaft ab: vom engagierten Kampf gegen den unse-

ligen A-11-Erlass und den Treffen mit den Landtagsabgeordneten, insbesondere der CDU, über die 5-vor-12-Aktion bis hin zum angebotenen Motorsägenführerschein-Lehrgang.

Zwei Goldjubilare geehrt: Nach dem Kassenbericht des „Schatzmeisters“ **Ralf Vosgröne** und der Entlastung des Vorstandes wurden die Ehrungen für die langjährigen GdP-Mitglieder vorgenommen. Für **50 Jahre Mitgliedschaft** wurden die Kollegen **Erwin Zorn** und **Willi Bruns**, für **40 Jahre Karl-Heinz Thiemann, Walter Sollmann, Reinhard Lange, Jochen de Groot, Wilfried Bury und Norbert Richter** und 20 weitere Kollegen für die 25-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Bei den Teilneuwahlen des Vorstandes wurde

- neuer Vorsitzender **Oliver Kemme**
- neuer stv. Vorsitzender **Georg Linke**
- neuer Schriftführer **Christian Ernst**
- der langjährige engagierte Schriftführer **Hubertus Gödecker** wurde zum stv. Schriftführer gewählt. **Jörg Plogmann** wurde neuer Junge-Gruppe-Sprecher
- Weitere KG-Vorstandsmitglieder bleiben:
- Stv. Vorsitzende: **Bernhard Wulf, Alfred Seidel**
- Kassierer: **Ralf Vosgröne**
- Stv. Kassierer: **Walter Junge**
- Senioren-Gruppe-Sprecher: **Reinhold Rethschulte**
- Frauen-Gruppe-Sprecherin: **Sabine Haake**
- Beisitzer: **Manfred Deussing, Gerhard Ströbner**

Der Höhepunkt des Abends war die Rede unseres Landesvorsitzenden **Bernhard Witthaut**. In klaren und unmissverständlichen Worten las er dem Innenminister und seinen realitätsfernen Beratern die Leviten.

Die Versammlung klang mit einem lukulischen Teil aus.

Red./OK

**Ehrung der Braunschweiger
GdP-Jubilare 2010**

Am 11. 11. 2010 führte die KG Braunschweig die diesjährige zentrale Ehrung ih-

rer Mitglieder durch. Anders als in den vorherigen Jahren, losgelöst von der JHV, ehrte der KG-Vorsitzende **Rainer Holze** die Jubilare für 25-, 40-, 50- und 60-jährige Mitgliedschaft im Restaurant „Tandure“ in Braunschweig. Besonders freute es ihn, dass eigens zu dieser Feierstunde **Karl Werner Kröhl** aus Mutterstadt/Pfalz angereist war, um seine Urkunde und Ehrennadel für 50 Jahre Mitgliedschaft sowie ein Präsent entgegenzunehmen. Im Anschluss an die Ehrungen ergaben sich bei einem gemeinsamen Mittagessen interessante Gesprächsrunden.

RH

**Gerechter Lohn für gute Arbeit
gefordert**

Spannende Gäste konnten KG-Vorsitzender **Michael Bersenkowitsch** und sein Vorstandsteam am 16. 11. 2010 zur diesjährigen JHV der KG Göttingen begrüßen. Der Polizeipräsident der PD Göttingen, **Robert Kruse**, bekräftigte in seinem Grußwort, in dem er auch auf aktuelle polizeilich relevante Themen einging: „Erfolge für die Polizei sind nur gemeinsam zu erreichen.“ Er begrüßte die kritisch-konstruktive Auseinandersetzung zwischen Behördenleitung und der GdP.

Als Überraschungsgast war **Ronald Schminke**, Landtagsabgeordneter der SPD, der Einladung gefolgt. In seiner mit Herzblut vorgetragenen Rede brachte er die Dinge auf den Punkt: Die Polizei, so Schminke, mache einen guten Job, und es sei eine Frage der Wertschätzung, hervorragende Arbeit wie diese auch gerecht zu bezahlen. Die Landtagsfraktion der SPD werde dieses Ziel eng begleiten.

Nach dem offiziell-formalen Teil der Versammlung stellte **Dietmar Schilff**, stellv. GdP-Landesvorsitzender, in einem kämpferischen Auftritt die Frage: „Ist alles in Ordnung bei der Polizei?“ und beantwortete sie mit einem klaren „Nein“: Es werde hervorragende Arbeit geleistet trotz schlechter Aufstellung, honoriert werde dies hingegen nicht. **Dietmar Schilff** bekräftigte: „So lange es die GdP gibt, wird sie für und mit den Kol-



Mitgliedschaftsjubilare bei der KG Braunschweig

Foto: Ruhl



Geehrte bei der KG Göttingen

Foto: Vetter



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

leginnen und Kollegen gegen Ungerechtigkeiten auf die Straße und damit in die Öffentlichkeit gehen!“

Elke Gündner-Ede, stellv. Landesvorsitzende, stimmte die Zuhörer im vollbesetzten Tagungsort auf die 2011 anstehende Tarifrunde ein. In Zeiten der allorts formulierten Geldknappheit werde sie sich, so die GdP-Fachfrau für den Tarifbereich, sicherlich schwierig gestalten. Sie rief dazu auf, die Verhandlungen wenn nötig durch Demonstrationen und Streik mit dem erforderlichen Druck zu unterstützen. Auch die Solidarität aus der Beamtenschaft sei jetzt

gefragt. Der wirtschaftliche Aufschwung müsse auch bei den Beschäftigten der Polizei spürbar werden.

Der BG-Vorsitzende **Harald Calsow** wies die anwesenden Mitglieder auf die hervorragende Informationsmöglichkeit durch die Medien der GdP hin, sei es durch die Internetauftritte oder die Zeitschrift DEUTSCHE POLIZEI. Mehr und besser könnten Informationen nicht transportiert werden.

Die Redner äußerten sich auch zu brandaktuellen Themen wie der Ablehnung des in Kraft getretenen A-11-Erlasses, der Ahndung von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen

und -beamte, den Belastungen im Rahmen des Castor-Einsatzes, Fortbildungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte und das Facility-Management.

Ein weiterer Höhepunkt war die Ehrung langjähriger Mitglieder, eingeführt durch launige Anekdoten des Kollegen **Bernd Lüders**. Geehrt wurden: für 25-jährige Mitgliedschaft **Wolfgang Bury** und **Gerd Hartung**, für 40-jährige **Werner Berns**, **Michael Schiller** und **Reinhard Tornow**, für 50-jährige **Dieter Krüger**, **Bernd Lüders** und **Hans-Joachim Meyer** sowie für 60-jährige Mitgliedschaft **Werner Kratzberg**. *Sabine Prilop*

BEAMTENVERSORGUNG IN NIEDERSACHSEN

Entwurf zur Neuregelung liegt vor

Im Zuge der Föderalismusreform im Jahr 2006 ist neben der Regelungsmöglichkeit des Beamtenrechts auch die Gesetzgebungskompetenz für das Versor-

gungsrecht auf die Länder übergegangen. Hiervon hat Niedersachsen jetzt Gebrauch gemacht. Der Entwurf sieht auf der Basis einer **Anhebung der Regelal-**

tersgrenze auf das 67. Lebensjahr im NBG eine Flexibilisierung des Ruhestandsbe-

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige



Sizilien – Schatzkammer der Geschichte
 8-tägige Erlebnisreise, ab Hamburg oder Hannover, Reiseternin: 21. bis 28. Juni 2011

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab € **675,-**

Eine Reise nach Sizilien, der größten Insel des Mittelmeeres, ist eine Reise in Raum und Zeit. Sizilien bietet seinen Besuchern eine landschaftliche Vielfalt, die auf diesen Breitengraden kaum erwartet werden kann. Freuen Sie sich auf zauberhafte Küstenstriche, Orangenhaine, Palmen und Zypressen, die den Ätna umgeben, und beeindruckende Gebirgslandschaften im Landesinneren. Sizilien ist eine Schatzkammer der Geschichte im angenehmen Klima des südlichen Mittelmeeres, eine Insel voll italienischer Lebensart.

Ihr Hotel: Das beliebte Mittelklassehotel Santa Lucia (3***-Kategorie) liegt in Cefalù, in einer malerischen Krümmung der Küstenlinie an der westlichen Spitze der Bucht von Cefalù. Den 200 m entfernten Sand- / Kieselstrand erreichen Sie durch die Bahnunterführung und über Treppen.

Ausstattung: Swimmingpool, Lobby mit Rezeption, Lift, großzügige Speisesäle, Aufenthaltsräume mit TV, Pianobar (Blue Bar), Poolbar sowie eine Cafeteria. **Zimmer:** Bad oder Dusche/WC, Föhn, Sat-TV, Safe, Kühlschrank und Telefon ausgestattet.

Sport/Unterhaltung: Tennishartplatz, eine Bocciabahn sowie Tischtennis inklusive. **Verpflegung:** Frühstück in Buffetform, das Abendessen wird am Tisch serviert.

Unsere Leistungen:

- Charterflug in der Economy Class von Hamburg und Hannover mit Air Berlin
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren*
- Luftverkehrssteuer*
- ÖPNV-Coupon
- 7 Nächte im Hotel Santa Lucia
- inklusive Halbpension
- Begrüßungscocktail
- Ausflug: unbekanntes Sizilien
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial, Reiseführer
- Insolvenzversicherung

Fakultatives Ausflugspaket:

- Palermo und Monreale, ganztägig
- Ätna und Taormina, ganztägig
- Agrigento und Villa del Casale, ganztägig
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

Veranstalter:

DERTOUR GmbH & Co. KG, 60424 Frankfurt am Main

Mindestteilnehmer: 30 Personen * (Stand: 11/2010)



Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik

Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover

Tel. 05 11 / 5 30 38 10

Fax 05 11 / 5 30 38 50

service@gdpservice.de

www.gdpservice.de

BEAMTENVERSORGUNG IN NIEDERSACHSEN

Fortsetzung von Seite 7

ginn und eine Neugestaltung der Abschlagsregelungen vor.

Die besondere **Altersgrenze für den Polizeivollzug** verbleibt bei 62, mit der polizeispezifischen Verkürzungsmöglichkeit des § 109 Abs. 2 NBG um ein Jahr. Die Antragsaltersgrenze für den Polizeivollzug ist die Vollendung des 60. Lebensjahres.

Der Entwurf des Nds. Beamtenversorgungsgesetzes soll die Überleitung des bisherigen Beamtenversorgungsrechts des Bundes in nds. Landesrecht regeln, die Rechtsentwicklung und die höchstgerichtliche Rechtsprechung der letzten Jahre berücksichtigen und in das bisherige niedersächsische Besoldungsrecht überführen. Es ist keine grundsätzliche Neugestaltung vorgesehen, sondern die Struktur und der Gesamtaufbau des bisherigen Beamtenversorgungsrechts einschließlich der Paragrafenreihung bleiben erhalten.

Der höchstmögliche Ruhegehaltssatz und der **jährliche Steigerungsfaktor** werden nicht verändert. Die stufenweise Absenkung des Versorgungsniveaus von 75 v. H. auf 71,75 v. H. wird fortgesetzt. Der Gesetzentwurf sieht eine konsequente Umsetzung der Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe auch im Bereich des Versorgungsrechts vor. Hochschulausbildungszeiten werden mit maximal 3 Jahren angerechnet.

Die Möglichkeit, in den **Ruhestand** zu gehen, wird auf einen **10-jährigen Korridor** gestreckt. Dabei wird die Antragsaltersgrenze auf das 60. Lebensjahr abgesenkt, gleichzeitig aber die Möglichkeit des frei-

willigen Herausschiebens der Altersgrenze bis zum 70. Lebensjahr eingeräumt. Für eine Verlängerung bis zum 68. Lebensjahr besteht dabei ein gesetzlicher Anspruch, eine Erweiterung bis zum 70. Lebensjahr ist nur mit Zustimmung der Dienststelle möglich. Ein Ausscheiden vor Erreichen des 67. Lebensjahres ist nur unter besonderen Voraussetzungen abschlagsfrei möglich, für das Hinausschieben der Altersgrenze wird hingegen ein nicht ruhegehaltfähiger Zuschlag von 8 v. H. gewährt.

Beginnend ab dem Jahr 2012 soll die **Altersgrenze stufenweise angehoben** werden. Ab dem Geburtsjahrgang 1947 verlängert sich die Altersgrenze um jeweils einen Monat. Der Jahrgang 1964 wird der erste sein, bei dem die Regelaltersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand bei der Vollendung des 67. Lebensjahres liegt.

Der maximale Versorgungsabschlag wird mit 25,2 v. H. (7 x 3,6 v. H.) festgelegt. Ein abschlagsfreies Ausscheiden aus dem Dienst ist mit Vollendung des 65. Lebensjahres möglich, wenn zu diesem Zeitpunkt 45 Jahre ruhegehaltfähiger Dienstzeit zurückgelegt wurden. Bei Schwerbehinderten beträgt die Verminderung ab dem 60. Lebensjahr um 3,6 v. H. pro Jahr vor Vollendung des 65. Lebensjahres, also maximal 18 v. H. Erfolgt die Versetzung in den Ruhestand aufgrund des Vorliegens einer Dienstunfähigkeit, die nicht auf einem Dienstunfall basiert, beträgt der Abschlag 3,6 v. H. pro Jahr vor Vollendung des 65. Lebensjahres, aber maximal 10,8 v. H.

Ein gleitender Übergang in den Ruhestand im Wege einer **Altersteilzeitvereinbarung** ist nur noch in Form der Teilzeitbeschäftigung möglich. Für den Polizeivollzug ist die Altersteilzeit grundsätzlich

ausgeschlossen. Das geplante Modell sieht vor, dass auf Antrag eine Dienstzeit von 60% ab dem 60. Lebensjahr absolviert wird, welche mit 70% besoldet werden soll. 80% werden jedoch als ruhegehaltfähig berücksichtigt. (60-70-80-Regelung)

In den Gesetzentwurf sind die **wesentlichen Entscheidungen** der letzten Jahre zum Versorgungsrecht berücksichtigt worden. Dazu zählen insbesondere die Aufhebung der Quotelung von Ausbildungszeiten von teilzeitbeschäftigten oder beurlaubten Beamtinnen und Beamten und die Streichung des verfassungswidrigen Versorgungsabschlages alter Art bei Teilzeitbeschäftigten und Beurlaubten. Die Absenkung der Wartefrist für die Versorgung aus dem letzten Amt ist auf 2 Jahre vorgenommen worden, nachdem das Verfassungsgericht eine dreijährige Wartefrist für zu lang erklärt hatte.

Die speziellen Regelungen für Polizeivollzugsbeamte resultieren aus der besonderen Altersgrenze. Für die betroffenen Beamtinnen und Beamten besteht die Möglichkeit des Hinausschiebens des Ruhestandsbeginns um ein Jahr. Dies erfolgt auf Antrag, der spätestens vier Jahre vor Eintritt in den Ruhestand gestellt werden muss. Der Ruhestandsbeginn mit Vollendung der Antragsaltersgrenze von 60 (mit den beschriebenen Abschlägen) muss ebenfalls vier Jahre vor beantragtem Eintritt in den Ruhestand beantragt werden. Die Polizeizulage ist nicht wieder in die Ruhegehaltsfähigkeit überführt worden und ein Modell der Altersteilzeit gibt es für die Beamtinnen und Beamten des Polizeivollzuges nicht.

Die GdP Niedersachsen ist über den DGB zu dem Entwurf angehört worden.

Dabei ist die grundsätzliche Entscheidung der Heraufsetzung der Altersgrenze für den Ruhestandsbeginn kritisiert worden, auch das Festhalten an der notwendigen Vollendung des 62. Lebensjahres für den Polizeivollzug. Hier hat die GdP eine Rückkehr zum 60. Lebensjahr gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Belastung der Polizei zusätzlich zu den immer noch zutreffenden ursprünglichen Gründen für eine besondere Altersgrenze gefordert. Abzulehnen ist natürlich insbesondere die Höhe des maximalen Versorgungsabschlages von 25,2 v. H., die es finanziell kaum einem Beamten oder einer Beamtin gestatten wird, von der Möglichkeit eines vorzeitigen Ausscheidens Gebrauch zu machen.

Der Gesetzentwurf befand sich zum Redaktionsschluss im Anhörungsverfahren.

NACHRUUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbene Kolleginnen und Kollegen:

Dörge, Robert	4. 6. 1946	Krs.-Gr. Braunschweig
Groppe, Fritz	14. 5. 1919	Krs.-Gr. Northeim
Harland, Hermine	23. 1. 1919	Krs.-Gr. Göttingen
Heitmüller, Horst	4. 7. 1950	Krs.-Gr. Osterode
Huch, Hans Werner	19. 6. 1925	Krs.-Gr. Göttingen
Jacobi, Karl	5. 12. 1924	Krs.-Gr. Osnabrück
Liese, Peter	26. 8. 1939	Krs.-Gr. Schaumburg
Mrugowski, Klaus	8. 7. 1943	Bez.-Gr. LKA
Radischaf, Peter	1. 1. 1945	Krs.-Gr. Goslar
Schnupp, Günther	24. 7. 1925	Krs.-Gr. Oldenburg Stadt
Vogel, Ingeburg	11. 9. 1914	Krs.-Gr. Cuxhaven
Waldmann, Hermann	2. 2. 1933	Krs.-Gr. Braunschweig

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

JH

